

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Karl Liedtke MdB
zum Attentat aus Köln
Seite 1

Bundesfamilienminister
Antje Huber zur XV.
Europäischen Familien-
ministerkonferenz in
Bonn
Seite 2/3

Erwin Horn MdB über
Ost/West-Rüstungsver-
gleiche und ihre poli-
tischen Umfelder
Seite 4-6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 170

6. September 1977

Alle sind zur Mithilfe aufgerufen

Wirksamste Bekämpfung der Terroristen ist die Ergreifung

Von Karl Liedtke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

Der vierfache Mord von Köln und die Entführung von Hanns Martin Schleyer erfüllt uns mit Trauer, Empörung und Abscheu. Das Ziel dieses verbrecherischen Anschlags ist klar: Der Staat soll als angeblich ohnmächtig bloßgestellt werden, die staatlichen Organe sollen zu unbedachten und übermäßigen Reaktionen provoziert werden, um das Vertrauen des Bürgers in die staatliche Ordnung zu untergraben.

Genauso klar wie die Ziele der Terroristen ist die Antwort des Staates: Konsequenz und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln werden die Terroristen verfolgt werden. Insbesondere sind alle Anstrengungen auf die konzentrierte Fahndung gerichtet. Die wirksamste Bekämpfung der Terroristen ist ihre Ergreifung.

In den nächsten Tagen werden wieder von vielen Leuten viele Forderungen erhoben. Um diese richtig einordnen zu können, ist festzustellen, daß die Bekämpfung der Terroristen eine ständige Aufgabe von Bund und Ländern ist. Folgende Fragen müssen daher ständig gestellt und beantwortet werden:

- Garantiert die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern eine wirkungsvolle Bekämpfung der Terroristen?
- Sind die Organisationsstrukturen der zuständigen Stellen so ausgestaltet, daß keine unnötigen Reibungsverluste entstehen?
- Ist der Personalbestand bei Bund und Ländern ausreichend?
- Ist die technische Ausrüstung auf dem neuesten Stand und insbesondere: ist durch die vorhandene technische Ausrüstung bei Bund und Ländern eine schnelle und effektive Zusammenarbeit gewährleistet?

Alle diese Fragen werden von der SPD-Fraktion und den zuständigen Stellen in engem Kontakt miteinander seit Monaten beraten. Ein Ergebnis dieser Beratungen ist es, daß in der letzten Woche 950 Millionen DM zur Verstärkung der Sicherheitsorgane bereitgestellt worden sind. Weitere Verbesserungsvorschläge liegen auf dem Tisch und müssen zügig in Angriff genommen werden. Um den Terroristen wirksam zu begegnen, sind wir alle zur Mithilfe aufgerufen.

+ + +

(-/6.9.1977/ks/hqs)

Neue Elternbildungsangebote entwickeln

Anmerkungen zur 15. Europäischen Familienministerkonferenz in Bonn

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Familienminister der Staaten des Europarats treffen sich alle zwei Jahre zu einem Erfahrungsaustausch. Zur XV. Europäischen Familienministerkonferenz hat nunmehr die Bundesrepublik nach Bonn in der Zeit vom 7. bis 9. September 1977 eingeladen. Konferenzthema ist "die Mobilisierung der Erziehungskräfte der Familie".

Für die Wahl dieses Themas sprach u.a. die Erkenntnis, daß sich ein lebendiges Familienleben nicht proportional zu steigendem Wohlstand entwickelt. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben einen spürbaren sozialen, wirtschaftlichen, demographischen und kulturellen Wandel nach sich gezogen. Trotz der erreichten Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse darf nicht übersehen werden, daß für viele Familien das Leben in der modernen Gesellschaft in mancher Hinsicht komplizierter geworden ist.

Die Familie ist dabei allerdings immer noch die stabilste mitmenschliche Gemeinschaft in der Gesellschaft geblieben. Dies wird nicht nur auf europäischer Ebene durch die "Europäische Sozialcharta" von 1961 sondern auch auf Weltebene durch den Weltpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grundrechte der UNO von 1966 bestätigt.

Zu den Aufgaben, die die Familie weiterhin hat, gehört besonders die Erziehung der Kinder, die Heranbildung ihrer Persönlichkeit. Von der Erziehungsleistung der Familie hängt es entscheidend ab, welche Fähigkeiten, Verhaltensformen und Persönlichkeitseigenschaften im Kind entwickelt und gefördert werden. Die Forschung der letzten Jahre hat unterstrichen, daß durch den Erziehungsprozeß in der Familie emotionale geistige und soziale Grundlagen gebildet werden, die nur sehr begrenzt veränderbar sind. Die Erziehung im Kindergarten und der Grundschule kann nach den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zwar eine optimale Erziehung durch die Familie verstärken, eine durch die Familie verursachte Fehlentwicklung aber kaum ausgleichen.

Die Rolle der Familie als Erzieher ist anspruchsvoller geworden. Die moderne Industriegesellschaft stellt hohe Anforderungen an die Erziehung der Kinder und an Aus- und Fortbildung. Die Familie sieht sich der Schwierigkeit gegenüber, die Kinder in ihren Bildungsbestrebungen zu unterstützen und ihr Erziehungsverhalten mit außerfamilialen Einrichtungen wie Kindergarten und Schule abzustimmen, da die entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten in diesen Erziehungseinrichtungen oft fehlen.

Die XV. Europäische Familienministerkonferenz will die Bemühungen verstärken, den Familien zu helfen, ihrer Erziehungsaufgabe gerecht zu werden; sie geht nach den vorgelegten Dokumenten von der These aus, daß die Familie zwar die wichtigste Institution zur Erziehung von Kindern bleibt, die Fähigkeit zur Erziehung aber nicht naturgegeben ist, sondern erworben werden muß und erworben werden kann.

Einer Reihe von der Bundesregierung eingeleiteter bereits getroffener Maßnahmen zur Stärkung der elterlichen Erziehungsfähigkeit liegt diese These zugrunde. Wir haben

immer einzuräumen, daß viele Eltern nicht die Möglichkeit hatten, die Fähigkeiten, das Familienleben zu gestalten und Kinder zu erziehen, auszubilden und zu entwickeln. In Familien gibt es je nach Einstellung, Herkunft, Bildungsgrad, Lebensweisen und ökonomischer Lage sehr unterschiedliche und zum Teil ungenügende Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und in das Geflecht von Bedingungen, die im Rahmen eines langjährigen Erziehungsprozesses die Entwicklung des Kindes beeinflussen.

Der Zusammenhang zwischen Kindesmißhandlungen, Kinderkriminalität, Kinderselbstmorden, Kinderflucht aus dem Elternhaus, Drogen- und Rauschmittelabhängigkeit sowie Verhaltensstörungen einerseits und unzulänglichen Erziehungsverhältnissen in der Familie andererseits wurde lange Zeit übersehen oder schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Die Familienumwelt ist erst spät und auch dann nur ungenügend in ihrer Beziehung zur Erziehung des Kindes innerhalb und außerhalb der Familie erkannt worden. Städtebau, Sozialplanung, öffentliche und private Infrastruktur, orientieren sich immer noch zu weitgehend an wirtschaftlichen Interessen, zu wenig an den Bedürfnissen von Familie und Kindern.

Ist somit die Mobilisierung der Erziehungskräfte der Familie eine dringende Notwendigkeit, so verstehe ich darunter nicht eine etwaige Forderung nach mehr Staat nach dirigistischen Mitteln, um in die Erziehungsfunktion der Familie einzugreifen. Mobilisierung ist vielmehr notwendig, um die Bedeutung der Erziehung durch die Familie in das öffentliche Bewußtsein zu rücken, damit alle, die bewußt oder unbewußt auf die Familie einwirken, insbesondere die öffentlichen und privaten Institutionen und die Gesellschaft schlechthin es der Familie möglich machen, ihre Erziehungsaufgabe zu erfüllen. Mobilisierung ist zum anderen notwendig, um die Familie anzuregen, zu ermutigen, zu interessieren und zu motivieren, sich im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Veränderungen mit der Erziehungsproblematik auseinanderzusetzen, wo immer es möglich ist. Mobilisierung der Erziehungskraft der Familie ist schließlich und mit großem Gewicht ein Appell an den Staat, Gemeinden und sonstige familienorientierte Aufgabenträger mit konkreten Hilfen der Familie beizustehen, ihr die Lebenschancen zu geben, die notwendig sind, damit junge Ehepartner sich den Wunsch nach Kindern leicht erfüllen. Das ist bei uns noch nicht so gut, wie man es von einer so entwickelten Gesellschaft erwarten darf.

Die europäische Familienministerkonferenz wird sich im Rahmen ihres Themas in erster Linie mit Elternbildung sowie mit Ehe-, Familien- und Erziehungsberatung als hauptsächlichsten Mitteln zur Stärkung der elterlichen Erziehungskraft befassen. Die Bundesregierung kann hier auf eine Reihe neuer Erkenntnisse verweisen, die sich aus Modellvorhaben und Forschungsförderung gewonnen hat.

Die Bemühungen der Bundesregierung zielen darauf hin, neue Elternbildungsangebote zu entwickeln, die sich nicht so sehr in Vorträgen und Referaten erschöpfen, wie sie zu oft nur von privilegierten Familien akzeptiert werden. Am Familienalltag sollen sich die Angebote orientieren, um auch die Arbeiterfamilien zur Entfaltung ihrer Erziehungskräfte anzuregen.

In der Elternbildung muß es darum gehen, Eltern als Hauptbezugsperson der Kinder zu unterstützen, zu kritischer Bewertung ihrer Erfahrungen und Verhaltensweisen, auch zusammen mit anderen Eltern, zu ermutigen, Entlastungen für doppelbelastete Elternteile zu ermöglichen sowie ihnen zu helfen, ihre Bedürfnisse im Rahmen eigener Weltorientierungen zu aktivieren und diese innerhalb von Staat und Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

Elternbildung mit diesem Anspruch hat die Chance, ein etwaiges Gefälle zwischen gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen und Leitbildern familialen Zusammenlebens zu korrigieren, die Wechselwirkungen zwischen Familie und Gesellschaft zu verdeutlichen und bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Kinder in die Gesellschaft hineinwachsen und dort bestehen können.

Die XV. Europäische Familienministerkonferenz wird nicht zu Beschlüssen und Resolutionen führen. Sie will aber dazu beitragen, die Familie im Bewußtsein der Gesellschaft in den europäischen Staaten zu stärken und Eltern zu ermutigen, sich mit Erziehungsfragen auseinanderzusetzen, um sicherer zu werden im Umgang mit Kindern.

(-/6.9.1977/vo-he/hgs)

Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die einzige Alternative

Bei Ost/West-Vergleichen muß das ganze politische Umfeld beachtet werden

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Der Jahresbericht des Londoner Instituts für strategische Studien stellt fest, daß das atomare Wettrüsten zwischen den Supermächten unvermindert andauert. In dem Bericht "Das militärische Gleichgewicht 1977" heißt es: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion entwickeln fortgeschrittene Waffensysteme für die 80er Jahre. Während die UdSSR ihre strategischen Kernwaffen beschleunigt durch Neuentwicklungen ersetzt, konzentrieren sich die USA auf die Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals. Berechtigte Kritik übt indirekt das Londoner Institut an der Uneinheitlichkeit der Waffensysteme im Westen, wenn es in einer vergleichenden Betrachtung zu dem Ergebnis kommt, daß im Warschauer Pakt eine weitgehende Standardisierung besteht, an der es in der NATO noch mangelt. Den NATO-Truppen in Westeuropa steht nach den Angaben des IISS London weiterhin eine zahlenmäßige Übermacht des Ostens gegenüber. Im ganzen ist jedoch das Kräfteverhältnis zwischen den Machtblöcken so, daß eine militärische Aktion unattraktiv erscheint. Neuralgische Punkte im Gesamtsicherheitssystem der Erde sind die Nord- und Südflanke der NATO, eine neue Verteidigungskonzeption der Volksrepublik China und das politisch gefährliche Spannungsgebiet in Afrika.

Welche Aufgaben leiten sich aus diesen Analysen für die Politik der Bundesrepublik ab:

1/ Eine Stabilisierung unserer Verteidigungsbemühungen im westlichen Bündnis durch den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland

- die Vorverlegung zweier amerikanischer Brigaden und einer niederländischen Brigade bewirkt nicht nur einen militärischen, sondern zugleich auch einen politischen Verteidigungseffekt. Ein möglicher Angreifer stünde dann in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit unseren Verbündeten auf deutschem Boden. Die Vorverlegung von Alliierten in die Bundesrepublik Deutschland bewirkt im Sinne der Analysen des Londoner Instituts eine Stabilisierung unseres Verteidigungsbündnisses. Panzereinheiten haben in Großbritannien keinen Sinn, wenn Westeuropa unterworfen würde.
- Es gilt weiterhin, die Panzer- und Luftabwehr zu verstärken. Wir haben heute bereits die militärische Situation, daß uns ein potentieller Gegner nicht risikolos angreifen könnte. Ein Blitzkrieg ist nicht möglich.
- Die Bevorratung und hier vor allem die Munitionsbevorratung sichern heißt gegebenen-

falls die Atomschwelle erhöhen.

- Wir müssen bestrebt sein, den Überseenschub zeitig zu garantieren, die Koordination und Planung dieses wichtigen Bereichs ist unerlässlich.

2/ Die Entwicklung zu einer neuen europäischen Verteidigungsstrategie.

Sie muß eine Aufgabenteilung und entsprechende Standardisierung beinhalten. Dabei geht es nicht um die stumpfsinnige Aufrechnung von Panzer gegen Panzer und Flugzeug gegen Flugzeug, sondern um die Erarbeitung neuer politischer Qualitäten. Die Antwort auf die militärische Herausforderung der Sowjets bedarf einer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gegenkonzeption. Sie muß langfristig wirksamer und friedens- und entspannungsfördernder angelegt sein und das sowjetische Aggressionsverhalten im militärischen Bereich ad absurdum führen.

- Die Bundesrepublik Deutschland wird weiterhin vorwiegend militärische Defensivsysteme ausbauen. Das Fregattenprogramm für den Küstenschutz, MRCA für die Luftverteidigung und ein breitgefächertes Panzer- und Luftabwehrsystem sind wesentlich billiger als die sowjetische Rüstung und zugleich effektiver für die Verteidigung.
- Die europäische Herausforderung im militärischen Bereich besteht in der Aufgabenteilung und in der Standardisierung. Bei der Kostspieligkeit künftiger Waffensysteme kann nicht mehr jeder alles tun und anschaffen. Der Hinweis auf einen möglichen Ausfall des Partners und damit einer ganzen Komponente der Verteidigung ist unlogisch. Bei einem Ausfall unter den heutigen Gesichtspunkten würde er eine geostrategische und politische Lücke hinterlassen, die nicht ausfüllbar wäre.
- Die politische Einigung Europas muß beschleunigt werden. Die Einzelstaaten Westeuropas verfügen über ein hochqualifiziertes Potential von Menschen und Einrichtungen, das heute noch unkoordiniert und oft in falschem Wettbewerbsverhalten kontradiktatorisch und verfehlt eingesetzt wird.
- Der wirtschaftliche Aufbau und der soziale Ausgleich in den Staaten der NATO-Südflanke ist eine vordringliche Aufgabe. Das Problem des Kommunismus in Europa ist dann überwunden, wenn es uns gelingt, in den Mittelmeerstaaten wirtschaftliche Stabilität und soziale Ausgeglichenheit zu schaffen, die dem Kommunismus innenpolitisch jede Chance entzieht.

3/ Eine weitere Aufgabe ist die Analyse der Schwachpunkte im militärischen System der Sowjetunion und des Warschauer Paktes und eine Ableitung der militärisch-politischen Konsequenzen.

- Es können in diesem Zusammenhang nur wenige Hinweise über Mängel im sowjetischen Militärsystem gegeben werden. Sie sind zum Teil politischer, zum Teil wirtschaftlicher

oder unmittelbar militärischer Art. Das Wirtschaftspotential ist die entscheidende Basis für die sowjetische Militärmacht. Von besonderer Bedeutung ist dabei das System der Wirtschaftslenkung. Es hat zweifellos Vorteile aus militärischer Sicht - schnelle Umschaltung auf den Mob-Fall möglich - und in Hinsicht auf im Staatsinteresse liegende Schwerpunktbildung. Andererseits weist so ein System beträchtliche Reibungsverluste auf. Industrie und Landwirtschaft werden nach überalterten Prinzipien unwirtschaftlich geführt. 30 Prozent der sowjetischen Bevölkerung arbeiten heute noch in der Landwirtschaft und sind nicht in der Lage, den Nahrungsmittelbedarf für die gesamte Sowjetunion zu decken, während z.B. nicht fünf Prozent der amerikanischen Bevölkerung in ihrer Landwirtschaft einen deutlichen Überschuß produziert. Die Unterkapitalisierung der Landwirtschaft und enorme Strukturschwächen der sowjetischen Wirtschaft, die in diesem Bereich allein ein Drittel der sowjetischen arbeitenden Bevölkerung bindet, werden hier sichtbar.

- Die Bürgerrechtsprobleme seit der KSZE-Schlußakte in Helsinki haben eine deutliche feststellbare Unruhe in der Sowjetunion ausgelöst. Dabei sind im Westen besonders gut bekannte Dissidenten nur eine kleine Gruppe.
- Analog dieser Bewegung sind die Bündnisprobleme im Warschauer Pakt nicht zu unterschätzen. Entweder treffen die Berichte auch rechtskonservativer Zeitungen über Unstimmigkeiten im Warschauer Pakt zu, dann kann man die ständig beschworene Einheitlichkeit nicht so ernst nehmen, oder es würde sich um pure Propaganda handeln - was ich ausschließe - dann wäre der Westen in seiner politischen Grundposition sehr schwach. Der amerikanische Kongreßabgeordnete Aspin weist beispielsweise darauf hin: "Die Koordinierung des Angriffs einer solchen diversen Streitmacht, wie die des Warschauer Paktes wäre eine monumentale Aufgabe. Die politische Zustimmung unter den Mitgliedern des Warschauer Paktes für einen Angriff aus dem Stand wäre sicher eine zeitraubende Aufgabe."
- Der Eurokommunismus und die weiche Welle in den sowjetischen Streitkräften wie sie Ernst Otto Maetzker bereits am 14. Juli 1973 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" prognostizierte, stellen weitere Unsicherheitsfaktoren im sowjetischen Militärsystem dar. Klagen über die gestiegene Unlust der Truppe an einem sogenannten Gammeldienst werden ebenso laut wie die zunehmende Sorge der Militärs vor den intellektuellen Soldaten: Der Anteil von Absolventen höherer Schulen hat sich innerhalb der letzten Generation vervierfacht. Generaloberst a.D. A. S. Sholtow empfiehlt, daß man sich um die geistig anspruchsvollen Soldaten kümmern müßte, weil anderenfalls Ihre Dienstvergehen zunehmen.
- Materielle, ausbildungsmäßige, wirtschaftliche und psychologische Bedingungen zeigen, daß die Sowjetarmee und die Streitkräfte des Warschauer Paktes unter sehr vorläufigen Bedingungen stehen. Nicht erwähnt werden in diesem Zusammenhang die Entwicklungen im Eurokommunismus, der zweifellos zur Schwächung des homogenen sowjetischen Systems führt. Erwähnenswert wäre in diesem Zusammenhang die völlige Überalterung des sowjetischen Führungssystems. Die Vergreisung der sowjetischen Führungsspitze ist eine Tatsache. Die 15 Mitglieder des Politbüros zählen zusammen genau 1.000 Lebensjahre oder einen Durchschnitt von 67 Jahren.

Der Kommunismus als Ideologie ist für den Westen ungefährlich. Ungefährlich deshalb, weil es sich um eine fossilienhaft erstarrte Ideologie handelt, die keine kreative Kraft für die Zukunft in sich birgt. Gefährlich an diesem System ist das Zusammentreffen einer überalterten Ideologie mit den Möglichkeiten einer globalen Militärmacht.

Weder Ost noch West sind bei der vielfältigen Entwicklung auf dieser Erde in der Lage, ausschließlich jeweils ihre Vorstellungen durchzusetzen. Der Rüstungswettlauf gewährt beiden Weltmächten ein Propotential und Einflußmöglichkeiten. Zugleich aber findet es seine Grenzen in den Interessenbereichen der anderen Hegemonialmacht. Die Begrenzung des Rüstungswettlaufs kooperativer Rüstungssteuerung und Abrüstung sind angesichts der waffentechnologischen Entwicklung und der notwendigen Hilfe für die Dritte Welt die einzige Alternative.

(-/6.9.1977/bgy/hgs)